

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 21.02.2023

„Stand zur Kompensation für gestiegene Betriebskosten bei öffentlichen Betrieben, Gesellschaften, Vereinen, kulturellen Einrichtungen sowie zuwendungs- und entgeltfinanzierte Projekten und Einrichtungen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ III

1. *Welchen Umsetzungsstand hat die folgende Maßnahme, die von der Bürgerschaft am 15.9.2022 gefordert wurde: „mit einer dezentralen und digitalen Informationskampagne Nicht-Leistungsbezieher mit geringem Einkommen auf die Möglichkeit der einmaligen Übernahme von Nachforderungen durch die Jobcenter hinzuweisen sowie bei Leistungsberechtigten für die Inanspruchnahme von Sozialleistungen (zum Beispiel Kinderzuschlag, Wohngeld, Grundsicherung im Alter) zu werben“ (Drucksache 20/1581)?*
2. *Sofern die Maßnahme noch nicht umgesetzt wurde: Bis wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?*

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Beratungen hinsichtlich einmaliger Ansprüche erfolgen im Einzelfall auf Nachfrage. In Bremen gibt es ein verlässliches Netz an Beratungseinrichtungen, die die sozialrechtlichen Bestimmungen kennen und entsprechend weitergeben. Die von der Bundesregierung wegen höherer Preise, Inflation und gestiegenen Energiekosten zusätzlich beschlossenen Unterstützungsleistungen wurden medial verbreitet. In Bremen haben diverse regionale Medien auf Angebote verwiesen.

Zu Frage 2:

Der Senat plant, die Gruppe der Geringverdiener*innen ohne Sozialleistungsbezug deutlich stärker beim sog. Härtefallfonds zur Reduzierung von Energie- und Wassersperren mit in den Blick zu nehmen und Unterstützung bei derartigen Schulden

anzubieten. Das Vorhaben soll der Öffentlichkeit über entsprechende Mitteilungen und Flyer vermittelt werden.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Der Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei vom 19.02.23 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der LINKEN in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.